

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für
Mobilität und Verkehrsflächen
02.12.2025

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)	5
Anlage 1_Herr Dr. Ufer_Straßenlaternen	23
Anlage 2_Bauzeitenplan_Straßenausbau Laurentiusstr., BGL	25
Anlage 3.1_Denkmalrechtliche Erlaubnis	27
Anlage 3.2_Denkmalrechtliche Erlaubnis Lageplan	31
Anlage 4_Herr Renneberg Fußgängerzone BGL	33
Anlage 5_Herr Renneberg Parkplätze Paffrath und Forsthaus	35
Anlage 6_Herr Reiländer Stau Bensberger Straße_Gehwege	37
Anlage 7_Herr Dr. Schillings Dorfplatz Sand	39
Anlage 8__Herr Dr. Schillings Dorfplatz Romaney	41
Anlage 9_Herr Dr. Schilling Stausituation Bensberg	43
Anlage10_Frau Skribbe_Tunnel und Schlosstraße Bensberg	45
Anlage11_Frau_Skribbe_Querung Saaler Straße	47
Anlage12_Frau Skribbe_Aufzug Duckterath	49
Anlage13_Herr_Niemann_Kosten Ferdinand Stucker Straße	51

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
10.02.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 6-10
Schriftführung
Cornelia Türk
Telefon-Nr.
02202-141856

Niederschrift

Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen
Sitzung am Dienstag, 02.12.2025

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:39 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Vereidigung sachkundiger Bürger**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung vom 02.09.2025 - öffentlicher Teil**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 Schriftliche Mitteilungen**
- 5.1.1 Europäische Mobilitätswoche 2025
0656/2025**
- 6 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung am**

02.09.2025 - öffentlicher Teil
0644/2025

- 7 S-Bahnausbau**
0647/2025
- 8 Ferdinand-Stucker-Straße**
0653/2025
- 9 Rad macht Schule - Beschluss der Routenführung**
0655/2025
- 10 Änderung Signalprogramm der Lichtsignalanlage Buddestraße/Kölner Straße/Falltorstraße**
0659/2025
- 11 Ausbau der Laurentiusstraße| hier: Bildung eines beitragsrechtlichen Abrechnungsabschnitts**
0648/2025
- 12 Anträge der Fraktionen**
- 12.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD vom 07.08.2025 zur Verkehrsberuhigung in Moitzfeld-Löhe**
0657/2025
- 12.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2025 - Pflanzung von Bäumen vor dem Rathaus Stadtmitte**
0761/2025
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schade, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt folgende Ausschuss- und Verwaltungsmitglieder:

CDU-Fraktion

Lutz Schade
Dr. Oliver Schillings
Oliver Renneberg
Herman-Josef Wagner
Frank Reiländer
Harald Henkel
Wolfgang Maus (s.B.)
Max Kindervater
Christian Kunze (s.B.)

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Anke Außendorf (abwesend von 17:55 – 18:05 Uhr)
Dr. Jonathan Ufer
Anne Skribbe (s.B.)
Dr. Friedrich Bacmeister (abwesend von 18:29 – 18:31 Uhr)

SPD-Fraktion

Andreas Ebert (abwesend von 18:31 – 18:35 Uhr, geht um 19:18 Uhr)
Jörg Keienburg (s.B.)
Walter Helms (s.B.)
Bettina Häusling (abwesend von 19:06 – 19:09 Uhr)

AfD-Fraktion

Frank Cremer
Jürgen Niemann (abwesend von 18:50 – 19:01 Uhr)

Volt/Fraktion Freie Wählergemeinschaft

Jörg Laschet (s.B.)

DIE LINKE GL

Mara Häuser

Inklusionsbeirat

Keine Vertretung anwesend

Seniorenbeirat

Martin Derda (s.E.)

Verwaltung

Herr Migenda VVIII

Herr Dr. Höhmann FBL 6
Herr Gampp 6-60
Frau Schumann 6-64
Herr Schmitz FB 9-14 Ratsbüro
Frau Türk 6-10

Gäste

Herr Füg Fischer Teamplan

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung zu Ö 12.2 als Tischvorlage vorliegt.

Die gemeinsame Anfrage der Fraktionen BÜNDNIS 90/Die Grünen und SPD vom 18.11.2025 werde unter Anfragen der Fraktionen behandelt. Die Stellungnahme der Verwaltung hierzu liegt bereits vor.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Vereidigung sachkundiger Bürger

Die sachkundigen Bürger werden vereidigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung vom 02.09.2025 - öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2025 (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Keine

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

5.1. Schriftliche Mitteilungen

5.1.1. Europäische Mobilitätswoche 2025 0656/2025

Frau Skribbe äußert, dass sie es gut finde, was dort unternommen werde, insbesondere da das Augenmerk auf die Sicherheit der Kinder gelenkt werde. Es seien mehr Erfolge als in dem Jahr davor zu verzeichnen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

6. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung am 02.09.2025 - öffentlicher Teil

0644/2025

Herr Dr. Ufer möchte unter diesem Punkt anmerken, dass im November 2023 ein Beschluss gefasst wurde, dass in jeder Ausschusssitzung die Verwaltung fortlaufend über die offenen Beschlüsse berichte. Dies sei ein sehr wichtiges und hilfreiches Mittel für die Arbeit der Fraktion. Dieser Beschluss gelte auch für diese Ratsperiode und solle fortgeführt werden und daher ab dem nächsten AMV wieder auf der Tagesordnung stehen.

Dann geht er auf den Beschluss unter TOP Ö 21 „Aufstellen einer Straßenlaterne am Fußweg zwischen Weizenfeld und An der Engelsfuhr“ aus dem letzten AMV vom 02.09.2025 ein. Dieser Beschluss solle im Laufe des Novembers umgesetzt werden. Er möchte hierzu den aktuellen Sachstand wissen.

Herr Dr. Höhmann stimmt Herrn Dr. Ufer zu und teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt „Offene Beschlüsse“ ab der nächsten AMV-Sitzung wieder aufgenommen werde. Aufgrund eines krankheitsbedingten Ausfalles gab es Kapazitätsengpässe und dies sei daher für diese AMV-Sitzung nicht möglich gewesen.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu TOP Ö21 „Aufstellen einer Straßenlaterne am Fußweg zwischen Weizenfeld und An der Engelsfuhr“ aus dem AMV vom 02.09.2025 wird der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. S-Bahnausbau

0647/2025

Herr Schmitz verweist auf die Ausführungen in der Vorlage. Zurzeit gebe es seitens der Verwaltung nichts Weiteres hinzuzufügen.

Herr Ebert greift noch einmal das Thema Schienenersatzverkehr auf. Er wünsche sich einen detaillierten Bericht, denn es sei wichtig, die Erfahrungen, die dort gemacht werden, auszuwerten. Das gelte insbesondere für die Anbindung an die Haltestelle Thielenbruch, aber auch für die Anbindung in Richtung Linie 1. Es gehe darum, herauszufinden, welche Erfahrungen gemacht wurden und welches Verbesserungspotential es gebe.

Herr Schmitz antwortet, dass das Problem sei, dass der Schienenersatzverkehr nicht von der Verwaltung oder dem Kreis in Auftrag gegeben werde, sondern von dem beauftragten Verkehrsunternehmen. In diesem Fall sei es die DB Regio bzw. go.Rheinland. Die Verwaltung habe sich frühzeitig eingeschaltet und dadurch konnte erreicht werden, dass zwei Busgleise für den Schienenersatzverkehr bereitgestellt wurden. Die Ausschilderungen, die auf dem Bahnhof vorhanden waren, wurden positiv wahrgenommen. Die Erfahrungen, die geäußert wurden, waren zurückhaltend oder eher positiv. Die Verwaltung habe dafür gesorgt, dass die Ausschilderung der Umsteigemöglichkeiten gut funktioniert habe. Das Thema, die Anbindung an die Haltestelle Thielenbruch würde immer wieder aufkommen. Es sei schwer hierfür eine Lösung zu finden. Die Stadt Köln führe an, dass die Straße, die dort hinführe, zu eng sei und es gebe keine Wendemöglichkeit, daher habe sie kein Interesse daran und blockiere dieses Thema.

Herr Ebert sagt, dass die normalen ÖPNV-Nutzer mit den Details der Kostenverteilung nicht vertraut seien und es auch nicht seien möchten. Die Argumente seien richtig, führen aber an der Realität vorbei. Daher bitte er darum, dass Lösungen gefunden werden. Wenn es demnächst wieder zu einer Sperrung kommen sollte, dann hieße Anbindung nicht gleich Busanbindung nach Thielenbruch. Es könne auch eine Fahrradbindung sein. Dies wäre eine deutliche Aufwertung des Fahrradweges und darüber könne man mit der Stadt Köln auch einmal reden. Auf dem Bergisch Gladbacher Gebiet sei dieser Radweg sehr gut, aber nicht auf dem Kölner Stadtgebiet. Herr Dr. Ufer sagt, dass Herr Ebert schon viele Dinge aufgeführt habe, die er auch sagen wollte. Der ADFC habe vorgeschlagen den Radweg zur Straßenbahnhaltestelle Thielenbruch zu sanieren. Nach seinem Kenntnisstand sei auch der Radweg auf der Bergisch Gladbacher Seite sanierungswürdig. Daher wolle er von der Verwaltung wissen, ob dieser Radweg zeitnah saniert werden könne. Eventuell bis zum 2. Quartal 2026, da dann die Sperrung der Linie S-11 erfolge.

Herr Migenda nehme dieses Thema mit in die Verwaltung. Jedoch seien die internen Kapazitäten am Anschlag. Es seien eine Menge an Maßnahmen aus der letzten Ratsperiode mitgegeben wurden, welche sich gerade in der Umsetzung befinden. Er werde es prüfen, könne aber nichts versprechen. Darüber hinaus werden auch noch einmal Gespräche mit der Stadt Köln geführt, ob von deren Seite aus auch Verbesserungen vorgenommen werden können.

Herr Wagner sagt, dass die Menschen, die in Bergisch Gladbach in die S-11 einsteigen, möchten vorwiegend zum Köln Hbf. und von da aus weiterkommen. In den Überlegungen sollte mit einbezogen werden, dass Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Leute rasch ihr Ziel, den Köln Hbf. erreichen. Daher sei es hier nicht so relevant, ob ein Radweg zur Haltestelle Thielenbruch ausgebaut werde oder nicht. Der Schienenersatzverkehr solle daher schneller und leistungsfähiger gemacht werden. Es sollte ein Bus von Bergisch Gladbach aus, in Refrath auf die Autobahn und dann den Köln Hbf. anfahren. Damit sei den Menschen am meisten geholfen.

Herr Migenda nimmt dies mit auf. Als Ergänzung dazu sagt er, dass mit dem Kreis bereits Gespräche dazu geführt wurden. Der Anlass war jedoch ein anderer. Dort ging es um eine bessere Anbindung eines großen Unternehmens am Bockenberg.

Herr Dr. Schillings sagt, dass von Refrath bereits der Schnellbus Richtung Köln fahre. Des Weiteren sehe er es nicht, dass das Fahrrad das geeignet Fahrzeug sei, um dann vom Bahnhof weiter ins Büro zu gelangen. Mit dem Bus sei man dort wahrscheinlich schneller.

Herr Niemann greift das Thema noch einmal auf. Ab Bensberg fahre bereits der Bus Linie 400 zügig zum Köln Hbf. Es müsse nur die Querverbindung von Bergisch Gladbach nach Bensberg ausgebaut werden. Dann hätte man wieder eine gut funktionierende Anbindung an den Kölner Hbf.

Frau Außendorf fügt an, dass in verschiedene Richtungen gedacht werden solle und sich nicht auf eine Anbindungsmöglichkeit konzentriert werde. Die Menschen seien sehr unterschiedlich und benutzen sehr viele verschiedene Verkehrsmittel. Es gebe darüber hinaus nicht nur Menschen, die nach Köln wollen, sondern auch nach Bergisch Gladbach und auch diese sollten berücksichtigt werden.

Herr Schmitz weist darauf hin, dass es bereits eine sehr gute Anbindung zwischen Bergisch Gladbach und Bensberg gebe. Die Busse fahren im 10 Minuten Takt. Eine schnellere Verbindung könne nicht hergestellt werden. Zu berücksichtigen sei noch, dass der Bus Linie 400 sonntags nicht fahre.

Herr Ebert sagt, dass alles, was funktioniere helfe. Es werde, wenn das zweite Gleis gebaut werde zu weiteren Sperrungen kommen. Daher solle jetzt herausgefunden werden, was die wirksamsten Mittel seien, um eine kürzere Sperrung zu ermöglichen.

Herr Henkel fügt an, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gebe. Das Fahrrad sollte man auch nutzen. Er stimme zu, dies nicht allein, sondern in Verbindung mit dem Kreis oder der Stadt Köln zu machen, um nach einer Möglichkeit zu suchen, damit das Problem adäquat gelöst werde. Er wolle wissen, ob überprüft wurde, wie viele Bürger den Schienenersatzverkehr genutzt haben, insbesondere im Verhältnis zu dem, was normalerweise von der S-Bahn transportiert werde.

Herr Schmitz antwortet, dass es keine absoluten Zahlen gebe. Es sei jedoch so, dass die Kapazität eines Gelenkbusses nicht an die einer S-Bahn herankomme. Daher seien es absolut weniger Fahrgäste als über den normalen Schienenverkehr.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. Ferdinand-Stucker-Straße **0653/2025**

Präsentation von Herrn Füg von der Firma Fischer TEAMPLAN.

Herr Dr. Schillings bedankt sich für den Vortrag. Es wurde sehr intensiv mit den Anwohnenden gesprochen und überlegt, welche Variante die Beste sei. Er wolle noch einmal wissen, ob es richtig sei, dass die Anwohnenden die Variante 3.1 ohne Sperrung des Bahnübergangs favorisierten. Des Weiteren war sich die Fraktion nicht sicher, ob es noch andere bauliche Unterschiede zwischen den Varianten 3.0 und 3.1 gebe.

Herr Füg antwortet, dass es im Wesentlichen so sei, dass der verkehrsberuhigte Bereich hinter den Bahnübergang gezogen werde.

Herr Dr. Ufer bedankt sich ebenfalls für den Vortrag, auch für die Bürgerbeteiligung. Er habe nur Positives gehört. Die Ideen der Anwohnenden wurden aufgegriffen und daraus eine neue Variante ausgearbeitet, die die Ideen der Anwohnenden aufgreife. Er habe die Bitte, dass die drei Stellplätze vor dem Haus Nr. 26, welche zusehends in die Einfahrt reinragen, noch einmal überprüft werden, damit diese nicht die Einfahrt blockieren. Des Weiteren wollte er wissen, wie die Sperrung des Bahnübergangs genau umgesetzt werden würde. Mit einer Beschilderung Durchfahrt verboten oder gebe es dort eine andere Möglichkeit.

Herr Füg sagt, dass eine Kombination aus verschiedenen Möglichkeiten denkbar wäre. Eine Beschilderung mit Durchfahrt verboten, mit Fuß- und Radfahrer frei plus Einsatzfahrzeuge und Rettungskräften frei, sodass diese weiterhin dort durchkommen können. Auf eine Schranke würde er nicht ganz verzichten. Ansonsten könne man in Absprache mit der KVB ein Absperrgitter anbringen.

Herr Dr. Ufer würde aus Gründen der Sicherheit eine Schranke empfehlen. Er wolle weiterhin wissen, durch welche baulichen Maßnahmen die Einhaltung der Schrittgeschwindigkeit in dem verkehrsberuhigten Bereich unterstützt werde.

Herr Füg erwidert, dass die Rinne auf der Fahrbahn nicht ganz mittig läge und dadurch die Fahrbahn optisch eingengt werde und zu einer Geschwindigkeitsreduzierung führen würde. Des Weiteren könne in der weiteren Planungsphase überlegt werden noch ein Aufpflasterung in dem Einmündungsbereich vorzunehmen.

Herr Gampp ergänzt noch, dass die Stellplätze vor der Hausnummer 26 bekannt seien und diese in der weiteren Planungsphase noch einmal um ein paar Meter angepasst werden könnten. Die Sperrung würde zunächst mit einer Beschilderung funktionieren, ansonsten wären aufwendigere Abstimmungen mit den Rettungsdiensten erforderlich. Des Weiteren führt er noch an, dass die Anwohnenden die Varianten 3.0 und 3.1 noch nicht gesehen hatten, da diese erst durch die Bürgerbeteiligung entstanden seien. Die Bedingung die Variante 3.1 mit verkehrsberuhigtem Bereich aber ohne Sperrung durchzuführen, würde nicht funktionieren.

Herr Niemann möchte wissen, ob es korrekt sei, dass die Anwohnenden einen offenen Bahnübergang wünschten.

Herr Gampp antwortet, dass die Anwohnenden in der Veranstaltung nicht explizit für oder gegen eine Sperrung waren. Dies sei als eine Lösung entstanden, um den Durchgangsverkehr zu reduzieren.

Herr Keienburg fügt an, dass es einen Ortstermin mit den Anwohnenden gegeben habe. Dabei waren einige Anwohnende für eine Sperrung und weniger Anwohnende dagegen. Für die Anwohnenden sei der Ausbau der Straße am wichtigsten gewesen. Bei der Variante 3.0 werde der hintere Abschnitt kurz vor Bahnübergang nicht mehr ausgebaut werden und dies sei nicht gewünscht. Daher seien sie für den Ausbau der Variante 3.1.

Herr Reiländer betont noch einmal, dass auch seine Fraktion viele Gespräche mit den Anwohnenden geführt habe. Dabei stellte sich heraus, dass sie einen verkehrsberuhigten Bereich wünschten, aber keine Sperrung des Bahnübergangs. Daher wolle er wissen, ob der verkehrsberuhigte Bereich bis zur Einmündung Freiheit, also kurz vor dem Bahnübergang, gezogen werden könne oder gebe es hierzu irgendwelche Nachteile.

Herr Gampp fügt an, dass die Darstellung nicht bedeute, dass wenn der verkehrsberuhigte Bereich mit der Variante 3.0 umgesetzt werde, der Rest der Straße nicht ausgebaut werde. Es werde nur nicht der gesamte Abschnitt neu gepflastert und die Borde gemacht. Es bestehe der Unterschied, bis wohin der verkehrsberuhigte Bereich gehe.

Herr Ebert sei beeindruckt, dass den Anwohnenden die Anzahl der Stellplätze nicht so wichtig seien. Es habe ihm gefallen, dass die Verkehrsberuhigung bis zum Bahnübergang durchgezogen werden soll und damit verbunden die erforderliche Sperrung. Die Sperrung könne auf verschiedene Arten gestaltet werden. Es wäre auch eine Sperrung mit Pollern möglich. Es sollte eine Lösung gefunden werden, wo man auch einmal Dinge ausprobieren könne, damit dies für alle Anwohnenden passe. Daher schlage er vor, die Variante 3.1 zu planen mit der Ergänzung und die Möglichkeit die Sperrung bestehen zu lassen, oder, wenn sich im Praxistest herausstellt, dass dies nicht praktikabel sei, sie wieder zu entfernen. Bei den Stellplätzen schlage er auch eine gewisse Flexibilität vor. Diese könnten geplant werden und wenn sich herausstellt, dass sie doch nicht erforderlich seien, dann sollten sie wieder entfernt werden. Es sollte flexibel mit den Anforderungen an die Straße umgegangen werden.

Herr Dr. Schillings findet, dass dies eine exzellente Idee sei. Er sehe jedoch die Pflicht der Politik darin, nicht nur für 26 Anwohnenden, sondern für den gesamten Stadtteil zu planen. Daher finde er, dass der Bahnübergang offenbleiben sollte und man allerdings in 3 bis 6 Monaten noch einmal schauen könne, wie sich die Verkehrsauslastung entwickelt habe, um dann eventuell noch nachträglich eine Sperrung einzurichten.

Herr Cremer sagt, dass, um eine Verkehrsberuhigung zu erreichen, der LKW-Verkehr verboten werden sollte.

Herr Dr. Ufer fügt an, dass es wichtig sei für alle zu planen, also für die gesamte Stadt und die Anwohnenden. Die Fraktion fände es besser, wenn die Sperrung vorhanden wäre, insbesondere im Hinblick auf einen sicheren Schulweg. Er schlage als Kompromiss, die Variante 3.1 ohne Sperrung des Bahnübergangs vor. Er wolle noch einmal wissen, worin genau der Unterschied zur Variante 3.0 bestehe. Seiner Ansicht nach wäre dies nicht nur die Sperrung, sondern auch die

Aufpflasterung, so dass Gehweg und Straße auf eine Ebene bis zur Dariusstraße gezogen werden und dies in Kombination mit einem Schild, welches aus Gründen der Vorfahrtsproblematik nicht direkt hinter dem Bahnübergang stehen könne, aber so nah an der Kreuzung, dass dies gesehen werde. Dies hätte den Effekt, dass die Autos dieses sehen. Zusätzlich noch die Aufpflasterung, so dass sich die Autos dafür entscheiden würden, nicht in den verkehrsberuhigten Bereich hineinzufahren.

Herr Gampp wiederholt den Kompromissvorschlag von Herrn Dr. Ufer. Dieser sei die Variante 3.1 mit einer verkehrsberuhigten Gestaltung, allerdings ohne Sperrung. Dies sei eine Planungsaufgabe, die noch einmal geprüft werden müsse.

Herr Reiländer habe den gleichen Gedanken wie Herr Dr. Ufer. Er habe dies aber eher als die Variante 3.0 gesehen, da die Parkplätze nicht so wichtig seien. Die Variante 3.0 unterscheidet sich von der Variante 3.1 hinsichtlich der Parkplätze und der Sperrung. Der verkehrsberuhigte Bereich solle weiter als nur bis zur Johann-Bendel-Straße heruntergezogen werden.

Herr Renneberg möchte wissen, ob auch mit den Rettungsdiensten über eine Sperrung mit Pollern gesprochen wurde. Bei einem Einsatz könne das Entfernen von Pollern zu Verzögerungen führen.

Herr Gampp antwortet, dass mit den Rettungsdiensten gesprochen wurde. Eine komplette Sperrung sei nicht optimal, daher wäre eine Sperrung mit Beschilderung vorgesehen.

Herr Laschet sagt, dass nach seinem Kenntnisstand in einem verkehrsberuhigten Bereich die Stellplätze ausdrücklich markiert, sein müssten. Die Bereiche, die nicht als Stellplätze markiert seien, seien auch nicht als solche zugelassen. Er bitte hier noch um eine Erklärung, ansonsten schließe sich seine Fraktion den bisherigen Diskussionen und dem Kompromissvorschlag an.

Herr Füg fügt an, dass es richtig sei, dass Stellplätze ausgewiesen werden müssen. Dies müsse nicht durch eine Beschilderung erfolgen. Hier würde eine unterschiedliche Pflasterung ausreichen.

Herr Migenda möchte noch einmal die bestehende Entwässerung beider Varianten erläutert haben, insbesondere in Bezug auf Starkregen und da dies bisher noch gar nicht angesprochen wurde.

Herr Füg antwortet, dass sich gegenüber der Johann-Bendel-Straße ein Tiefpunkt der Straße befinde, wo sich Wasser ansammelt, und dies solle jetzt mit der Planung entschärft werden. Das Wasser soll nicht wie bisher in eine Richtung der Straße geleitet werden, sondern mit Hilfe der Rinne in Richtung Mitte und somit soll im Straßenquerschnitt so viel Wasser wie möglich zurückgehalten werden.

Herr Schade fasst noch einmal zusammen. Bei der Beschlussvorlage zu Ö8 handle es sich um Alternativen. In dem Beschlussvorschlag I gehe es um die Variante 3 und der Beschlussvorschlag II sei ein weitergehender Eingriff in den Straßenraum. In der Diskussion wurde noch herausgearbeitet, dass es eventuell eine weitere Variante zu 3.1 geben könnte. Er wolle wissen, ob diese zur weiteren Ausarbeitung an die Verwaltung gegeben werden soll.

Herr Ebert schlägt eine Ergänzung zum Beschlussvorschlag II vor.

Herr Schade nimmt diese Ergänzung auf und formuliert daraufhin den neuen Beschlussvorschlag und lässt darüber abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:(einstimmig)

Der Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen beschließt die Planungsvariante 3.1 und beauftragt die Verwaltung diese in den weiteren Leistungsphasen auszuarbeiten und dabei die Möglichkeit der nachträglichen Einrichtung einer Sperrung vorzusehen.

9. Rad macht Schule - Beschluss der Routenführung **0655/2025**

Herr Dr. Ufer findet, dass grundsätzlich jede einzelne Maßnahme zu begrüßen sei, die die Verkehrssicherheit erhöhe, speziell für die Kinder, die jeden Tag zur Schule fahren. Es solle jedoch auch der Blick auf das Große und Ganze gerichtet werden. Vor fast zwei Jahren wurde das Radverkehrsnetz für die Stadt beschlossen. Dies sei eine große Aufgabe, die den Ausschuss noch über diese Ratsperiode hinaus beschäftigen werde. Daher werde empfohlen diese schon beschlossenen Routen mit hoher Priorität umzusetzen und daneben kein weiteres Schulradroutennetz zu planen. Die bestehenden Routen aus dem Radverkehrsnetz sollten möglichst auch in das Schulradroutennetz integriert werden, um da Synergien zu schaffen. Ein Beispiel sei die zukünftige Route „L“, die aus Refrath in Richtung Stadtmitte führen soll. Dort gebe es die Möglichkeit die ohnehin geplante Fahrradrouten „F5“ zu nutzen oder alternativ könne auch über das Zander Gelände gefahren werden.

Herr Dr. Schillings schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Ufer an. In seiner Fraktion kamen diesbezüglich auch noch weitere Fragen auf. Aufgrund der knappen Kapazitäten würde seine Fraktion den Antrag stellen wollen, die Beschlussfassung zu vertagen bzw. zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen, damit eine Integration in das Gesamtkonzept geprüft werden könne.

Herr Ebert sagt, dass Rad macht Schule als Alternative zu den Radstreifen entwickelt wurde. Inzwischen wurde dies zu einem Verkehrskonzept ausgearbeitet. Er fände es wichtig, dass man nun in die Umsetzung komme und eine Doppelung nicht notwendig wäre. Daher solle die Verwaltung prüfen, wo es zu Doppelung komme. Er sei nicht für eine Vertagung der Beschlussfassung.

Herr Laschet sei auch dafür, dass über die neuen Wege für Rad macht Schule abgestimmt werden könne. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitungen. Gerade in Hebborn gebe es viele Möglichkeiten für die Kinder mit dem Fahrrad die Schulen zu erreichen. Sie würden dazu angeleitet werden selbständig am Verkehr teilzunehmen, um zu den Orten zu kommen, wo sie hinwollen. Das Konzept halte er daher für sinnvoll und es könne mit einem geringen Aufwand eingeführt werden. Er stimme dem zu, dass noch eine Abstimmung mit den Radwegekonzept erforderlich sei. Einen konkreten Hinweis zur Radroute „K“ habe er noch. Da gebe es die Varianten K-Nord und K-Süd wie in der Unterlage beschrieben sei. Die Route K-Nord sei etwas schwierig und er würde davon abraten diese weiter zu verfolgen, denn die Odenthaler Straße sei zum Teil sehr steil und unbeleuchtet. Bei Dunkelheit sei sie ungeeignet und im Winter wegen Glättegefahr. Auch die Route K-Süd über Rommerscheid sei nicht ganz so einfach, aber die bessere Alternative.

Herr Dr. Bacmeister möchte auch eine heutige Beschlussfassung. Inhaltlich möchte er darauf hinweisen, dass es Untersuchungen und Forschungen zum Radfahrerverhalten gebe. Es habe sich ergeben, dass es bis zu fünf verschiedene Typen von Radfahrer gebe. Da gebe es den Berufspendler, aber auch die Kinder, welche ein höheres Sicherheitsgefühl hätten. Daher müsse es sowohl schnelle als auch sichere Verkehrswege geben. Er halte Rad macht Schule für eine gute Ergänzung zu dem Radroutennetz und unterstütze, dass durch Rad macht Schule nicht das

Radroutennetz behindert werde. Er glaube, dass diese beiden Programme von unterschiedlichen Stellen betreut werden.

Herr Gampp ordnet noch einmal die Schnittmenge von Rad macht Schule zu dem Radverkehrsnetz ein. Die Verwaltung sei auch daran interessiert nicht doppelt zu arbeiten und Synergien zu nutzen. Das Rad macht Schule sei kein zweites Radverkehrsnetz. Es sei ein Ergebnis aus den Befragungen in den Schulen und daraus hätten sich einige Abweichungen bzw. Ergänzungen zu dem Radroutennetz ergeben. Die Maßnahmen seien im Vergleich zum Radverkehrsnetz einfacher und schneller umzusetzen. Es sei eher eine Ergänzung aus dem Mobilitätsmanagement. Es handle sich um Maßnahmen, die die Stadt sowieso in Bezug auf Kinder machen würde.

Herr Dr. Schilling schlägt für die nächste Ausschusssitzung vor, dass die beiden Karten übereinandergelegt werden, um festzustellen, wo die Synergien seien und dies dann so in diesem Sinn auch beschlossen werden könnte.

Herr Gampp weist darauf hin, dass dies in der Anlage 2 bereits dargestellt wurde. Aufgrund des schwarz/weiß Ausdrucks sei dies nicht gut zu erkennen.

Herr Niemann unterstützt den Vorschlag die beiden Karten übereinanderzulegen, um zu sehen, wo es Probleme gebe. Eine Übersichtskarte mit den Fernnetzen und Routen sei sinnvoll.

Frau Außendorf fügt an, dass es zwei Systeme gebe, zum einen das Rad macht Schule und zum anderen das Radroutennetz. Es sei wichtig, dass diese beiden in irgendeiner Art und Weise zusammenkommen. Ihrer Fraktion sei daran gelegen, dass die Verwaltung weiter daran arbeite. Das Rad macht Schule mache aus, dass die Wege im näheren Umfeld der Schule wichtig seien. Bei den schulfernen Routen sei es hingegen wichtig, dass die bestehenden Routen genutzt werden und nicht zwei parallel für eine kleine Schülerschaft ausgearbeitet werden. Daher schlage sie vor, insbesondere die schulfernen Verbindungen noch einmal zu überprüfen, ob sie besser mit dem Radverkehrsnetz zusammengelegt werden könnten. Sollte dies nicht gehen, dann müssten die schulfernen Routen noch einmal benannt und explizit aus dem Konzept herausgenommen werden. Sie schlage vor, dass Rad macht Schule zu beschließen und insbesondere die schulfernen Routen noch einmal zu evaluieren und zu überprüfen sowie noch einmal neu einzubinden, damit diese besser an das Radverkehrsnetz angebunden werden, um keine zwei Parallelwelten zu entwickeln.

Herr Ebert möchte, dass bei dem Thema Rad macht Schule eine Entscheidung getroffen werde. Dieses sei sehr viel schneller. Die Doppelungen könnten herausgenommen werden und in der nächsten Ausschusssitzung als Mitteilungsvorlage vorgestellt werden.

Herr Dr. Schillings fügt an, wenn dies nicht zu weiteren Einschränkungen auch im Motorisierten Verkehr führe, könne die Fraktion diesen Kompromiss zustimmen.

Herr Gampp antwortet, dass der Rahmen der vorgesehenen Maßnahmen abgedeckt sei.

Herr Schade fasst noch einmal die Beschlussvorlage der Verwaltung zusammen. Beschlussvorlage I sei die Grundlage und Beschlussvorlage II sei ein Detailbeschluss zur Route K-Süd.

Herr Henkel fragt noch einmal nach, ob er es richtig verstanden habe, dass die Route K-Süd beschlossen werde und die anderen Routen im Grundsatz. Sollte es zu weiteren Ausführungen kommen, dann würde dies noch einmal dem Ausschuss vorgelegt werden.

Herr Wagner sagt noch einmal, dass die Doppelungen herausgenommen werden sollten und in der nächsten Ausschusssitzung noch einmal vorgelegt werden.

Herr Schade lässt einzeln über die Beschlussvorlagen I und II abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse:(einstimmig)

- I. Der Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen beschließt die erarbeiteten Routen H, I, J, K, L und M sowie die Direktverbindung über die Kempener Straße und beauftragt die Verwaltung einen Maßnahmenkatalog für die Verbesserung der Routen zu erstellen unter Herausnahme von Doppelungen.
- II. Der Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen beschließt die Route K-Süd und beauftragt die Verwaltung Maßnahmen für die Verbesserung der Route zu erstellen.

10. Änderung Signalprogramm der Lichtsignalanlage Buddestraße/Kölner Straße/Falltorstraße
0659/2025

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

11. Ausbau der Laurentiusstraße| hier: Bildung eines beitragsrechtlichen Abrechnungsabschnitts
0648/2025

Herr Dr. Schillings schlägt vor, die Nullmeldungen bei Auswertungen zukünftig wegzulassen.

Herr Cremer möchte wissen, ob sichergestellt sei, dass die Bürger nicht durch die Kosten belastet werden.

Herr Migenda sagt, dass es wechselnde Rechtslagen gebe, er aber davon ausgehe, dass das Land die Kosten übernehme.

Herr Henkel fügt an, dass es sicherlich einen Projektplan gebe, welcher dem Protokoll beigelegt werden sollte.

Herr Migenda antwortet, dass dies im Internet veröffentlicht wurde.

Der Bauzeitplan wird der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig):

Das mit „Laurentiusstraße“ bezeichnete Teilstück der Erschließungsanlage Paffrather Straße/Konrad-Adenauer-Platz/Laurentiusstraße ist von der Einmündung der Busspur gegenüber dem historischen Rathaus bis zur Einmündung in die Odenthaler Straße als selbständiger Abschnitt abzurechnen.

12. Anträge der Fraktionen

12.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD vom 07.08.2025 zur Verkehrsberuhigung in Moitzfeld-Löhe 0657/2025

Herr Dr. Ufer bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung. Es habe auch einen Vororttermin mit den Anwohnenden gegeben. Die Situation sei zurzeit recht unübersichtlich, da überall wild geparkt werde, welche für den Fußverkehr gefährlich sei. Daher sei der Wunsch der Anwohnenden die Parksituation zu regeln, den Verkehr dort zu beruhigen und die Sicherheit für Zufuß Gehende zu erfüllen, insbesondere für die Kinder. Daher habe die Fraktion diesen Antrag gestellt.

Herr Schade lässt en bloc abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (einstimmig)

1. Die Verwaltung wird beauftragt, vorrangig die Ausweisung der Straßen „Löher Höhenweg“ und „Langemorgen“ in Moitzfeld-Löhe als verkehrsberuhigten Bereich zu prüfen. Dabei sind Parkstände eindeutig zu markieren und darzustellen, welche baulichen/gestalterischen Anpassungen für die Ausweisungen mindestens erforderlich sind.
2. Hilfsweise, für den Fall, dass die Ausweisung als verkehrsberuhigter Bereich nicht umsetzbar oder nicht zweckmäßig sein sollte, prüft die Verwaltung die Markierung zulässiger Stellplätze auf der Fahrbahn, außerhalb dieser Stellplätze ist eine Halte/Parkregelung anzuordnen, die dauerhaftes Parken unterbindet (z.B. Halteverbot in einer Zone).
3. Im Rahmen der Prüfungen sind insbesondere zu berücksichtigen:
 - Die Verkehrssicherheit für zu Fuß Gehende, insbesondere für Kinder auf dem Weg zum Schulbus, da kein Gehweg/Fußgängerborstein vorhanden ist und Kinder derzeit auf der engen Fahrbahn laufen, auf der Autos parken;
 - Die fehlende Markierung der Parkflächen, die aktuell dazu führt, dass überall geparkt wird;

12.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2025 - Pflanzung von Bäumen vor dem Rathaus Stadtmitte 0761/2025

Herr Dr. Schillings bedankt sich bei der Verwaltung für die Stellungnahme. Hier gehe es um alternative Standorte und nicht um die Frage, ob Bäume gepflanzt werden oder nicht. Darüber wurde bereits mit dem Geschichtsverein gesprochen. Die hätten auch die Sorge, dass die prägenden Gebäude am Konrad-Adenauer-Platz, zugepflanzt werden würden. Daher die Anregung der CDU-Fraktion, zu schauen, ob nicht andere Plätze für diese Bäume gefunden werden könnten.

Herr Dr. Ufer habe wenig Verständnis für diesen Antrag. Es gebe sicherlich unterschiedliche Ansichten, was einem gefällt oder nicht, allerdings sei die Art der Bepflanzung kein Thema für den AMV. Dafür sei die Verwaltung zuständig. Es gebe die Abteilung Stadtgrün, die dafür zuständig seien, die passenden Pflanzen zu finden. Verkehrspolitisch sei das Thema „Laurentiusstraße“ bereits seit über zwei Jahren entschieden worden. Es sollte nun die Umsetzung erfolgen. Die Bäume vor dem Rathaus finden die Zustimmung der Fraktion. Sie seien optisch schön und gut fürs Mikroklima. Da das Rathaus nach Süden ausgerichtet sei, seien Bäume sicherlich sinnvoll. Daher werde dieser Antrag abgelehnt.

Herr Schade weist darauf hin, dass bei der Stellungnahme der Verwaltung zu der Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.11.2025 auf zwei Anlagen hingewiesen wurde, welche nicht als Tischvorlage vorliegen.

Die Anlagen „Denkmalrechtliche Erlaubnis Laurentiusstraße“ und „Denkmalrechtliche Erlaubnis Laurentiusstraße – Lageplan“ werden der Niederschrift als Anlage 3.1 und 3.2 beigelegt.

Herr Ebert fügt an, dass sich unter der Straße eine Reihe von Leitungen und Kabeln befinden könnten. In der Johann-Wilhelm-Lindner-Straße hätten zwei unbedacht platzierte Bäume, dazu geführt, dass es seit Monaten dort eine teure Baustelle gebe. Das sei ein Beispiel dafür, wie unbedachte Baumplanungen zu Folgewirkungen führen können. Es lege ein Entwurf der Laurentiusstraße vor, der abgestimmt sei und wo diese Dinge bereits alle geklärt wurden und wenn nun eine Änderung vorgenommen werde, laufe man Gefahr eine Kettenreaktion auszulösen. Dies käme viel zu spät und sei jetzt äußerst riskant.

Herr Dr. Schillings sagt, dass die Überlegung gewesen sei, ob es gewollt sei, dass ähnlich wie bei der Laurentiuskirche, welches eines der drei stilbildenden Gebäude sei, das Rathaus hinter Bäumen zu verstecken. Es gehe darum alternative Standorte für die Bäume zu suchen.

Herr Cremer sieht es ähnlich wie die CDU-Fraktion. Bäume sollten keine Gebäude verdecken oder Leitungen beschädigen.

Herr Dr. Bacmeister fügt zu dem Thema historische Substanz an, dass es im Bürgerportal vom November 2023 einen Ausblick gebe, dem man entnehmen könne, dass vor dem Rathaus vor geraumer Zeit bereits Bäume gestanden haben. Des Weiteren sagt er, dass dieser Antrag recht spät käme.

Frau Skribbe sieht durch die Bäume eine Aufwertung des Platzes.

Herr Laschet sagt, dass es dazu gestern in seiner Fraktion eine sehr lange Diskussion gegeben habe. Es ginge darum, ob durch das Pflanzen von drei Bäumen das Stadtbild des historischen Rathauses nachhaltig verändert werde. Es gab einige Fraktionskollegen, die dafür waren und einige die dagegen waren. Daher gebe es kein richtig oder falsch. Vielleicht könne ein Kompromiss gefunden werden.

Herr Ebert schließt sich dem an und macht einen Kompromissvorschlag. Er schlage vor, das Wort „zu finden“ durch das Wort „zu suchen“ zu ersetzen und die neuen Beete sollen ergänzend „im Erfolgsfall“ stattdessen mit niedrig wachsenden Stauden bepflanzt werden. Der letzte Teilsatz solle gestrichen werden.

Herr Wagner fügt an, dass es am Rathaus eine Sonnenuhr gebe. Er wolle wissen, ob überprüft wurde, ob diese, wenn sie verdeckt werde, weiterhin funktioniere.

Herr Migenda sagt, dass alle Argumente in der Verwaltungsvorlage dargestellt seien. Geplant sei es schlank wachsende Bäume zu pflanzen. Des Weiteren handle es sich nur um zwei Bäume, die rechts und links des Aufgangs stehen sollen. Der dritte Baum werde in der Durchfahrt gepflanzt. Es gab auch einige Gespräche mit den Händlern, welche immer auf der Suche nach Beschattungselemente seien. Dies sei nicht nur an diesem Standort, sondern auch in der gesamten Fußgängerzone schwierig. Daher sollten diese Bäume gepflanzt werden. Hinzu komme,

dass man sich mitten in der Bauphase befinde und da sollte es zu keinen Änderungen mehr kommen.

Herr Schade merkt an, dass dieses Thema der Politik wichtig sei. Des Weiteren wolle er von Herrn Ebert wissen, ob die Ersetzung des Wortes „zu finden“ durch „zu suchen“ eine inhaltliche Änderung sei.

Herr Ebert antwortet, dass es einschließt, dass es möglich sein könnte, dass keine Bäume gefunden werden könnten.

Herr Wagner sagt, dass er sich mit den Änderungen von Herrn Ebert anfreunden könne.

Herr Schade lässt über den geänderten Beschlussvorschlag ab.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich angenommen, gegen die Stimmen der Fraktionsmitglieder Frau Außendorf, Herr Dr. Ufer und Frau Skribbe von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Linke GL, Enthaltung von Herr Dr. Bacmeister der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Standorte für die geplanten drei Bäume vor dem Rathaus Stadtmitte zu suchen. Die neuen Beete sollen im Erfolgsfall stattdessen mit niedrig wachsenden Stauden bepflanzt werden.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es wurde von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD am 18.11.2025 eine gemeinsame Anfrage zur Verkehrssicherheit auf dem Schulweg in Hand eingereicht. Hierzu liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage die Stellungnahme der Verwaltung vor.

Herr Dr. Ufer bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage. Damit werde Gutes für die Verkehrssicherheit der Kinder getan. Es wurde seit Jahren auf diese gefährliche Situation in Hand hingewiesen. Es sei lange nichts oder zu wenig unternommen worden und daher sei es umso erfreulicher, dass nun endlich etwas passiere, von dem man sich eine große Wirkung verspreche. Schulstraßen seien ein sehr gutes Konzept, um die Verkehrssicherheit für Kinder zu schützen. Er macht weiterhin darauf aufmerksam, dass dies kein Selbstläufer sei, sondern es müsse gut vorbereitet und sorgfältig geplant sein. Dazu benötige es eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten. Es erfordere eine gute Kommunikation, damit es auf breite Akzeptanz stoße.

Herr Derda erhielt eine Beschwerde zum Fußweg zum Buchmühlenparkplatz. Die Pflasterung sei in einem schlechten Zustand. Mittlerweile seien einige Pflastersteine so hoch, dass sie zu Stolperfallen werden. Die Stadt habe vor Jahren gesagt, dass keine Prüfung gemacht werde, ob man dort in Regress gehen könne. In der Fußgängerzone gebe es ähnliche Probleme. Er wolle von der Verwaltung wissen, was die Verwaltung geplant habe, um diese Zufahrt zu gestalten.

Herr Migenda antwortet, dass dieses Thema der Verwaltung bekannt sei. Es werde gerade eine Vorlage erarbeitet, indem konkrete Vorschläge gemacht werden, wie mit diesem Bereich umgegangen werden könne. Dort sei ein dringender Sanierungsbedarf gegeben. Die Situation sei hier zwar nicht baulich, aber von der Ausgangssituation etwas anders als auf der Hauptstraße. Es ändere aber nichts daran, dass hier das gleiche Material mit der gleichen Bettung vorliege. Daher werde in Kürze ein Vorschlag unterbreitet, wie mit dem Thema umgegangen werden soll. Bis dahin werden noch Gefahrenbeseitigungen an den am stärksten betroffenen Stellen vorgenommen werden.

Herr Renneberg habe in der letzten AMV-Sitzung auch dieses Thema angesprochen. Es gebe hierzu auch ein Gerichtsverfahren und er möchte in der nächsten AMV-Sitzung dargestellt haben, wie dieses Gerichtsverfahren ausgegangen sei. Man wisse nicht, wie es an der VHS und der Innenstadt weitergehen werde. Ein weiterer Punkt sei, dass es in Paffrath am Stadion an Parkplätzen mangle. An der rechten Seite stehen Fahrzeuge längere Zeit herum und dadurch blockieren sie die dort vorhandenen Parkplätze. Daher wolle er von der Verwaltung wissen, ob es möglich sei, dort eine zeitliche Begrenzung der Parkzeit einzuführen. Des Weiteren wolle er wissen, wer aus der Verwaltung es entschieden habe, bei der Zufahrt zum Forsthaus Steinhaus die Parkplätze, die dort vorhanden waren, komplett wegzunehmen. Die Aussage des Projektleiters sei es gewesen, dass dort Parkplätze hätten gebaut werden können, dies sei aber seitens der Verwaltung abgelehnt worden.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage 4 + 5 beigelegt.

Herr Henkel weist darauf hin, dass es aktuell eine Vielzahl von Baustellen in Bergisch Gladbach gebe. Dies führe zu gewissen Einschränkungen im Verkehrsfluss. Es wurde vor über 10 Jahren das Abwasserbeseitigungskonzept beschlossen und in diesem Rahmen wurde zusammen mit der Verwaltung ein Plan ausgearbeitet, wie man es schaffen könne, dass bestimmte Baustellen parallel laufen könnten, so dass der Verkehrsfluss nur partiell beeinträchtigt werde. Er habe die Anforderung an die Verwaltung, dass die Baustellen, welche abhängig von dem Abwasserbeseitigungskonzept seien, besser vernetzt werden, um somit den Verkehrsfluss optimieren zu können.

Herr Migenda antwortet, dass die Ausgangssituation nicht korrekt sei. Es stimme, dass ein Abwasserbeseitigungskonzept beschlossen wurde. Dieses wurde allerdings nicht rechtskräftig. Bevor der Bereich von Herrn Hardt zu seinem Dezernat gekommen sei, lagen diese Bereiche bereits zusammen. Die Kernseite dieser Sanierungs – und Umbaumaßnahmen sei es, dass die Straßen nicht befahrbar seien. Es werden in Zukunft noch weitere Baustellen hinzukommen, auch im Rahmen der Digitalisierung. Inzwischen seien auch die gesetzlichen Anforderungen gestiegen, so dass viel umfangreichere Baustellen entstehen werden. Auch das Klimaschutzkonzept sei mit baulichen Veränderungen verbunden. Die Verwaltung überlege derzeit, ob dies KI gesteuert besser aufeinander abgestimmt werden könne.

Herr Henkel betont, dass damals das Abwasserbeseitigungskonzept beschlossen wurde. Es wurde zwar nicht genehmigt, aber beschlossen. Er wolle nur noch einmal einbringen, dass damals zu diesem Zeitpunkt, vor ca. 10 Jahren, die verschiedenen Baustellen übereinandergelegt wurden und sich Gedanken gemacht wurde, was dann an zusätzlichen Baustellen genehmigt oder an anderer Stelle vorgezogen werden können.

Herr Dr. Höhmann ergänzt zu den Ausführungen, dass diese Abstimmungen verwaltungsintern bereits erfolgen und beispielsweise heute Vormittag turnusgemäß die Quartalsgespräche mit allen externen Leitungsträgern stattgefunden haben. Die Verwaltung arbeite daran, die Informationen bezüglich aller Bautätigkeiten in einem Geographischen Informationssystem zusammen zu tragen und es könne wahrscheinlich im nächsten Ausschuss im Rahmen der Vorlage des Maßnahmenprogramms Verkehrsplanung darüber berichtet werden.

Herr Reiländer geht auf die Bensberger Straße ein. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob dort die Staufolgen minimiert werden können. Hierzu erreichten ihn mehrere Anfragen, ob die Sicherheit des Schulverkehrs optimiert werden könne. Dabei kam die Frage auf, ob Schülerlotsen eingesetzt werden können und ob sich dies noch lohne, da die Baustelle bis zum 30. November 2025 geplant gewesen sei. Er fragt die Verwaltung wie die aktuelle Planung der Baustelle sei. Des Weiteren käme es ihm so vor, als ob der Gehweg schräg gegenüber von Aldi in der Scheidtbachstraße breiter geworden sei, der Radweg aber nicht. Daher die Frage an die Verwaltung, ob der Radweg nicht breiter geplant werden konnte. Des Weiteren wolle er wissen, wer das Gras, welches bereits 2/3 bis 3/3 der Berzeliusstraße ausmache, entferne.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

Herr Dr. Schillings habe drei Themen. Der Dorfplatz in Sand werde demnächst wieder in Schuss gesetzt. Daher die Bitte, dass es in der Verwaltung eine Stelle gebe, die diese Termine koordine. Dann gehe es um den Dorfplatz in Romaney. Dort gebe es einen Förderbescheid, der am 30.11.2026. ausläuft. Bis dahin müssten noch einige Themen erledigt werden. Herr Decker habe sich dessen angenommen. Bei dem dritten Punkt gehe es um die Stausituation in Bensberg, wozu er am 12.11.2025 der Verkehrslenkung geschrieben habe. Inzwischen habe sich zum Glück die Stausituation etwas entspannt. Auf sein Schreiben an die Verkehrslenkung habe er noch keine Antwort erhalten. bzw. nur eine automatisierte Antwort.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage 7, 8 + 9 beigelegt.

Frau Skribbe habe eine Frage zu der Fahrradstraße Parkstraße, Nachtigallenstraße und Hasenweg. Dort, wo ausgewiesen werden solle, dass es sich um eine Fahrradstraße handle, sei das Schild Zone 30 Ende aufgestellt worden. Sie wolle wissen, was dies bedeute, da dies ein Widerspruch sei, denn eine Fahrradstraße bedeute immer, dass dort Zone 30 gelte. Dann gehe es um die Unterführung Steinstraße, wo im Herbst die Kinderbeteiligung stattfinden sollte und sie habe auch angeregt, dass auch Menschen mit Behinderungen beteiligt werden sollten. Sie wolle wissen, wie hier der aktuelle Stand sei. Dann gehe es noch um die Schloßstraße in Bensberg. Dort werde wild herumgeparkt und zum Teil auch auf dem neu geschaffenen Blindenleitweg. Sie wolle wissen, wie zukünftig mit dieser Situation umgegangen werde, damit der Blindenleitweg besser geschützt werde. Dann gehe es noch um die Radroutensituation. Es sollte die Querung Saaler Straße und die kleine Kreuzung Obersaal im Herbst erledigt werden. Sie wolle auch hier den aktuellen Stand wissen. Des Weiteren wolle sie noch wissen, was mit dem Aufzug in Duckterath zur S-Bahnstation sei. Dieser sei schon sehr lange defekt.

Herr Gampp antwortet, dass die Beschilderung an der Fahrradstraße doppelt sei und wieder entfernt werde. Dann geht er noch auf die Radroutenquerung Saaler Straße und die kleine Kreuzung Obersaal ein. Es komme derzeit zu einer Verzögerung wegen der Ampelschaltung.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage 10,11 + 12 beigelegt.

Herr Dr. Höhmann fügt an, dass er das Thema InHK Bensberg und die Beteiligung der Schulen an der Steinstraße weitergegeben habe. Die Kinderbeteiligung bedeute, dass dies ein Kooperationsprojekt zusammen mit den Schulen sei, und diese werden bei der Gestaltung beteiligt. Dort gehe es weniger um die barrierefreie Gestaltung, sondern vielmehr um die künstlerische Gestaltung. Daher wurden diese als Zielgruppe direkt angesprochen.

Frau Skribbe weist noch einmal daraufhin, dass bei der Gestaltung auf die Bedürfnisse der Sehbehinderten eingegangen werden sollte, da diese eine andere Wahrnehmung hätten.

Herr Maus geht auf eine Bemerkung ein, die er in der AMV-Sitzung im Juli geäußert habe. Er habe kritisiert, dass sich ein ausländischer Geschäftsmann darüber gewundert habe, in welchem schlechten Zustand die Straßen seien. Aus den Bordsteinen würden überall gewaltige Pflanzen herauswachsen. Er habe dies im Sommer beobachtet und dazu eine Dokumentation angefertigt und diese Herrn Migenda übermittelt, welcher bereits darauf geantwortet habe. Es sei eigentlich unsere Verantwortung als Bürger die Verwaltung auf solche Zustände hinzuweisen. Wenn dies nicht der Fall sei, dann müsse man etwas unternehmen. Es sei wichtig, dass die Bürger nicht so sehr auf die Zuständigkeiten achten, sondern selbst die Verantwortung übernehmen und sich direkt an die Verwaltung wenden.

Herr Wagner habe eine Bitte an die Verwaltung. Ihm sei jetzt gerade im Winter aufgefallen, dass die Straßen in einem schlechten Zustand seien, insbesondere diese, die häufig genutzt werden. Dort, wo ehemals Aufbrüche gewesen seien, sind nun dicke Löcher. In diesen Löchern würde Wasser hineinlaufen und dadurch würden noch mehr Schäden entstehen. Daher die Frage an die Verwaltung, wie diese Löcher beseitigt werden können, um noch schlimmeres zu verhindern. Es wurde vor einiger Zeit eine Aufbruchsdatenbank angefangen, wo festgestellt werden könne, welches Unternehmen an welcher Stelle welche Arbeiten erledigt habe. Es solle derjenige, der es verursacht habe, wieder in Ordnung bringen. Es sollten schlimmere Schäden verhindert werden.

Herr Migenda nimmt dies als Anregung noch einmal mit. Es werde in Kürze ein priorisierter Straßenbauplan vorgelegt. Es sei ihm bewusst, dass die Sanierungen der Fahrbahnen nicht effizient seien und es solle zukünftig auf ein nachhaltigeres Material umgestellt werden. Ziel sollte es sein, dass bei der Sanierung der auffälligsten Fahrbahnschäden mehr Tempo hineingebracht werde. Im nächsten Ausschuss könne man gerne diese Alternativen einmal vorstellen.

Herr Cremer geht noch einmal auf die kalte Jahreszeit ein. Er bemängle insbesondere das Pflaster vor dem Rathaus in Bensberg. Als es letzten Winter sehr nass und kalt gewesen sei, waren diese sehr glatt und er sei dort hingefallen. Er bitte daher, dass dort gestreut werde.

Herr Dr. Ufer hat eine Anregung. Er habe durch Zufall auf der Internetseite der Stadt gesehen, dass morgen eine Bürgerbeteiligung zur Schmidt-Blegge-Straße stattfinde. Er bitte darum, dass solche Veranstaltungen zukünftig für die Ausschussmitglieder auf der Startseite zu sehen seien.

Herr Migenda stimmt Herrn Dr. Ufer zu, da dies auch im Interesse der Verwaltung sei und nehme daher diese Anregung noch einmal mit.

Frau Häusling bemängelt, dass die Kolpingstraße als Abstellplatz für Anhänger genutzt werde. Des Weiteren geht sie auf die Ausführungen von Herrn Maus ein. Sie sei der Ansicht, dass die Straßenreinigung eine Pflicht der Bürger sei. Wenn die nächsten Bürgerbescheide versandt werden, sollte vielleicht noch einmal ein entsprechender Hinweis dazu an die Bürger gehen, dass sie auch gewisse Pflichten haben. Dies sei nicht jedem bekannt. Die Verwaltung sei nicht allein dafür verantwortlich.

Herr Maus geht noch einmal auf die Äußerungen von Frau Häusling ein. In der Vorlage, die er Herrn Migenda zugesandt habe, wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass auch die Straßen NRW dafür zuständig seien und nicht nur die Bürger und die Verwaltung. Dann geht er noch auf zwei positive Dinge ein. Es gebe einen großen Erfolg mit dem Smiley. Die Fahrzeuge, die an dieser Stelle fahren, würden immer auf die Bremse treten, wenn die Smileys blinken. Zum anderen wäre dadurch erreicht worden, dass der Lärm durch die reduzierte Geschwindigkeit heruntergegangen sei. Darüber hinaus seien 20 Meter von der Straße, die in einem schlechten Zustand war, von den Straßen NRW in Ordnung gebracht worden.

Herr Niemann möchte von der Verwaltung wissen, wie viel die Studie zur Ferdinand-Stucker-Straße gekostet habe.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird der Niederschrift als Anlage 13 beigelegt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil um 19:37 Uhr.

gez. Schade
Vorsitzender

Türk
Schriftführung



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach — 51439 Bergisch Gladbach

Herrn Dr. Ufer

Fachbereich Umwelt und Technik
- Verkehrsflächen -
Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Auskunft erteilt:
Frank Jahnke, Zimmer 307
Telefon: 02202 / 141259
Telefax: 02202 / 141208
eMail: f.jahnke@stadt-gl.de
Verkehrstechnik@stadt-gl.de

Mein Zeichen
7-66

12.01.2026

Anfrage aus dem Ausschuss AMV vom 02.12.2025

Sehr geehrter Herr Dr. Ufer,

bezugnehmend auf Ihre Anfrage im Ausschuss für Mobilität und Verkehr am 02.12.2025, inwieweit die Umsetzung der Beleuchtungsergänzung mit Solarleuchten für den Fußweg Weizenfeld zur Straße An der Engelsfuhr in Bearbeitung ist, kann ich Ihnen mitteilen, dass zwei Leuchten bestellt sind, auf deren Lieferung ich warte. Die Firma Pasewalk hatte zuletzt mitgeteilt, dass es Lieferengpässe für die Akkus der Solarsysteme gibt, eine Lieferung aber Mitte Januar zu erwarten sei.
Sobald die Leuchten da sind, werden sie aufgestellt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung


Ragnar Migena
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Klimaschutz

Firmen

AD, außer Asphalt NU AD-Asphalt



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

FB 6-1
Untere Denkmalbehörde

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Auskunft erteilt:
Frau Mendrok, Zimmer E38
Telefon: 02202 14-1513
s.mendrok@stadt-gl.de

per E-Mail an: FB 6-60 Mobilität und Stadtentwicklung

24.06.2024

Denkmalrechtliche Erlaubnis gemäß § 9 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW) und Abstimmung gem. § 36 DSchG NRW
Hier: Umgebungsschutz Historisches Rathaus Bergisch Gladbach

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben erteile ich Ihnen auf Ihren Antrag vom 17.05.2024 für Ihr Baudenkmal

Gemarkung Gladbach (054919)

Flur 22

Flurstück 385

Eintragung in die Denkmalliste der Stadt Bergisch Gladbach unter Nr. 18

unbeschadet privater Rechte Dritter die denkmalrechtliche

Erlaubnis

gemäß § 9 Denkmalschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (DSchG NRW) für die nachfolgende/n Maßnahme/n:

Umgestaltung und Begrünung Freiflächen Laurentiusstraße

Diese sind unter folgenden Auflagen erlaubnisfähig:

- Die Bäume müssen so gewählt werden, dass die Wurzeln nicht das Fundament des Denkmals angreifen (Lage und Art des Baumes).
- Für eine regelmäßige Wartung der Regenrinnen ist zu sorgen und in Auftrag zu geben.
- Details und Auswahl der Materialien (Gehwege, Bänke etc.), Pflanzen und Bäume sind vor der Ausführung mit der Unteren Denkmalbehörde abzustimmen.

Alle Farben, Materialien und Details sind vor der Ausführung mit der Unteren Denkmalbehörde abzustimmen.

Allgemeine Hinweise:

1. Bei der Ausführung des Vorhabens ist das Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz - DSchG -) vom 13.04.2022 in der zurzeit geltenden Fassung zu beachten.
2. Die Erlaubnis erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Durchführung des Vorhabens begonnen oder wenn die Durchführung zwei Jahre unterbrochen worden ist. Die Frist kann verlängert werden.
3. Die Erlaubnis kann unter bestimmten Voraussetzungen zurückgenommen oder nachträglich eingeschränkt werden, insbesondere, wenn sie aufgrund unrichtiger Angaben oder Unterlagen erteilt worden ist.
4. Ergibt sich im Laufe der Ausführung die Notwendigkeit, vom genehmigten Vorhaben abzuweichen, so ist die beabsichtigte Abweichung sofort anzuzeigen und für sie die Erlaubnis nachzusuchen. Die Änderung darf erst dann vorgenommen werden, wenn hierfür die Erlaubnis vorliegt.
5. Zuwiderhandlungen gegen § 9 Abs. 1 DSchG sind Ordnungswidrigkeiten. Sie können mit einer Geldbuße geahndet werden.
6. Der Beginn der Arbeiten (ca. 1 Woche vor Arbeitsbeginn) sowie das Arbeitsende sind der UDB anzuzeigen. Fotos im Nachgang zur Dokumentation sind erwünscht.
7. Eine **Abstimmung** ist zwingend erforderlich, um eine spätere steuerliche Berücksichtigung zu ermöglichen. Nur wenn Baumaßnahmen vor Beginn ihrer Ausführung mit der Unteren Denkmalbehörde einvernehmlich abgestimmt worden sind, besteht die Möglichkeit diese im Rahmen der §§ 7i, 10f und 11b EStG steuerlich geltend zu machen. Das Erfordernis einer Abstimmung dient insbesondere dazu, sicherzustellen, dass die Maßnahmen denkmalgerecht ausgeführt werden. Weiterhin erhalten wir nur hierdurch die Möglichkeit, den Zustand des Bauwerks vor der Baumaßnahme – und damit die Erforderlichkeit der Arbeiten – festzustellen.

Um die steuerlichen Vergünstigungen nach §§ 7i, 10f und 11b EStG zu erlangen, bitte ich Sie nach Beendigung der Maßnahmen bei der Unteren Denkmalbehörde die denkmalrechtliche Bescheinigung nach § 36 DSchG NRW zur Vorlage beim Finanzamt zu beantragen. Hier wird geprüft, ob die vorgenommenen Maßnahmen nach Art und Umfang zur Erhaltung des Gebäudes als Baudenkmal oder zu seiner sinnvollen Nutzung erforderlich durchgeführt worden sind.

Allerdings ist die denkmalrechtliche Bescheinigung nicht alleinige Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Steuervergünstigung nach §§ 7i, 10f und 11b des Einkommensteuergesetzes. Die Finanzbehörde prüft weitere, steuerrechtliche Voraussetzungen, wie insbesondere die Abziehbarkeit der Aufwendungen als Betriebsausgaben oder Werbungskosten oder wie Sonderausgaben und ihre Zugehörigkeit zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, zum Erhaltungsaufwand oder zu den nichtabziehbaren Kosten.

Abstimmung der Maßnahmen vor Beginn ihrer Ausführung:

Gleichzeitig bescheinige ich, dass die folgenden Maßnahmen im Rahmen dieser Erlaubniserteilung mit der Unteren Denkmalbehörde vor Beginn ihrer Ausführung abgestimmt worden sind:

☒ Maßnahmen laut Erlaubniserteilung von oben

Bei Fragen können Sie sich gerne an meine Kollegin Frau Rösler (02202/14-1510) oder mich wenden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Sonja Mendrok

Anlage: -



Legende

Bestand

Vermessung

Kataster

Baumstandort, Bestand

Planung

Fahrbahn, Asphalt

Parken Kfz

Gehweg

Gehweg, Einfahrt

Teilaufpflasterung

Grünfläche

Hochbord

Rundbord

Tiefbord

Schrägbord, Einfahrten

Rinne, Gussasphalt

Sinkkasten, neu

Hauptachse

Querneigung

Baumstandort, neu

Hinweis: die Realisierung der Baumstandorte ist abhängig der Versorgungsleitungen.

1

2

3

4

c			
b			
a			
Index	Art der Änderung	Datum	Name

Entwurfsplanung

Stadt Bergisch Gladbach

6-60 Mobilität und Stadtentwicklung

Rathaus Bergisch Gladbach Wilhelm-Wagener-Platz 51429 Bergisch Gladbach

Blatt-Nr.: LA01

LAGEPLAN

Maßstab: 1: 250

Entwurfsdatum: 01.08.2023

bearbeitet

gezeichnet

geprüft

genehmigt

Name

MH

MH

Datum

01.08.2023

19.09.2022

aufgestellt:

der Bürgermeister

ia

Laurentiusstraße

Entwurfsdatum: 01.08.2023

bearbeitet

gezeichnet

geprüft

genehmigt

Name

MH

MH

Datum

01.08.2023

19.09.2022

aufgestellt:

der Bürgermeister

ia

31



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Oliver Renneberg
p. Adr. CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Fachbereich Umwelt und Technik
- Verkehrsflächen -
Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Auskunft erteilt:
Martin Hardt, Zimmer 306
Tel.: 02202 / 14 13 89
Email: m.hardt@stadt-gl.de

Termine bitte nach Vereinbarung

Mein Zeichen
6-64

13. Januar 2026

Ihre Anfrage in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 2. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Renneberg,

in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 2. Dezember 2025 wiesen Sie auf den Zustand der Fußgängerzone Hauptstraße und im Besonderen auf den Bereich Buchmühle/VHS hin. Sie baten die Verwaltung darum, in der kommenden Ausschusssitzung über den Ausgang des Gerichtsverfahrens und das weitere Vorgehen zu berichten.

Ihrem Wunsch wollte die Verwaltung in der Sitzung am 3. März 2026 unter dem TOP „Mitteilungen des Bürgermeisters“ ohnehin nachkommen und eine beabsichtigte ~~temporäre~~ Lösung für die Buchmühlenstraße vorstellen, die auch Grundlage für das weitere Vorgehen im Bereich der Hauptstraße sein könnte.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter

2. 6-10 zur Niederschrift AMV



**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Oliver Renneberg
Ratsmitglied der CDU-Fraktion
Stellv. Mitglied des Ausschusses für Mobilität und
Verkehrsflächen
Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach

Mobilität und Stadtentwicklung

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
51465 Bergisch Gladbach
Joshua Bilstein, Zimmer E10
Telefon: (02202) 14 26 76
joshua.bilstein@stadt-gl.de

08.01.2026

Ihre Anfragen aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen – Parkplätze Am Stadion und Steinhaus

Sehr geehrter Herr Renneberg,

zu Ihren Anfragen aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen vom 2. Dezember 2025 antworte ich Ihnen gerne.

- 1) *In Paffrath am Stadion mangelt es an Parkplätzen. Fahrzeuge werden teilweise längere Zeit abgestellt und blockieren damit die vorhandenen Parkplätze. Ist es möglich dort eine zeitliche Begrenzung der Parkzeit einzuführen?*

Ihre Anfrage wurde der städtischen Straßenverkehrsbehörde zur verkehrsrechtlichen Prüfung weitergeleitet. Grundsätzlich steht sie einer teilweisen Einschränkung des freien Parkens an der Belkaw-Arena zur Vermeidung des Dauerparkens positiv gegenüber. Allerdings dient der Parkplatz derzeit hauptsächlich Berufstätigen, deren Arbeitsstätte in der näheren Umgebung liegt und die ihr Fahrzeug deshalb morgens parken und nachmittags wieder entfernen. Nach hiesiger Auffassung sollte dies weiterhin möglich bleiben und deshalb keine Parkzeitbegrenzung beispielsweise auf zwei Stunden erfolgen. Die Verwaltung wird daher alternative Regelungsformen erarbeiten und prüfen.

Da es sich bei dem Parkplatz vor der Belkaw-Arena um eine Fläche der städtischen Sportverwaltung handelt, ist hierbei auch eine verwaltungsinterne Abstimmung mit diesem Bereich erforderlich. Zudem muss laut den Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrs-Ordnung zu jeder verkehrsrechtlichen Maßnahme die Polizei angehört werden.

Nach Abschluss des Vorgangs wird die Verwaltung den Ausschuss weitergehend über das Prüfergebnis informieren.

- 2) *Wer in der Verwaltung habe entschieden die bisher vorhandenen Parkplätze zur Zufahrt des Forsthaus Steinhaus komplett wegzunehmen? Ein Projektleiter habe ausgesagt, dass dies möglich gewesen wäre aber seitens der Verwaltung abgelehnt wurde.*

Vor dem Bau des Grünen Mobilhofs existierten in der Straße Steinhaus provisorische, geschotterte, nicht bewirtschaftete oder bauaufsichtsrechtlich gebundene Parkplätze in Senkrechtaufstellung. Diese Stellplätze wurden überwiegend von Mitarbeitenden des Technologieparks, Spaziergängern und Besucherinnen und Besucher des Forsthauses Steinhaus genutzt. Zur vertraglichen Abwicklung des Busverkehrs für den Grünen Mobilhof wurde die Straße neu geplant.

In einer Planungsvariante (Vorplanung) waren ostseitig Parkplätze in Längsaufstellung vorgesehen. Eine beidseitige Anlage von Parkmöglichkeiten, wie es im Bestand war, ist aufgrund der begrenzten Platzverhältnisse im Straßenraum durch den erhöhten Breitenbedarf des Busverkehrs nicht möglich. Weiterhin wurde ein Gehweg für zu Fußgehende geplant.

Die Anlage des Parkstreifens hätte jedoch einen massiven, kostenintensiven Eingriff in den Hang auf der Ostseite vorausgesetzt. Der Hang hätte aufwendig mit baulichen Maßnahmen abgestützt und zahlreiche bestehende, vitale Bäume hätten gefällt werden müssen. Aufgrund dessen wurde in der Straßenplanung auf die Anlage des Parkstreifens zu verzichtet.

Mit dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 5345 – Mobilhof am Technologiepark – am 14.12.2024 hat der Rat zugleich den Inhalten des mit dem Vorhabenträger abgeschlossenen städtebaulichen Vertrags zugestimmt. Bestandteil des Vertrags als Anlage 2 war die Straßenplanung zur Umgestaltung der Zufahrt zum Mobilhof (dort als Anlage 2), die aufzeigt, dass die Zufahrtsstraße einen einseitigen Gehweg erhält, allerdings keine öffentlichen Parkplätze mehr aufweist. Die Verwaltung hatte in ihrer Beschlussvorlage auf diesen Umstand hingewiesen.

Alternative Parkmöglichkeiten gibt es an der Autobahnbrücke, Zufahrt kurz vor der A4-Überquerung. Hier befinden sich ca. 8 auf eine Parkdauer von zwei Stunden beschränkte, öffentliche Parkplätze. Für Beschäftigte des Forsthauses gibt es Stellplätze vor dem Gebäude. Die Zufahrt zum Forsthaus über Steinhaus bleibt für Anlieger frei. Für Besucher stehen zudem weitere ca. 25 Stellplätze am Forsthaus zur Verfügung. Weiterhin gibt es eine gute ÖPNV-Anbindung durch die Bushaltestelle am Technologiepark.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung


Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Frank Reiländer
p. Adr. CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Fachbereich Umwelt und Technik
- Verkehrsflächen -
Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Auskunft erteilt:
Martin Hardt, Zimmer 306
Tel.: 02202 / 14 13 89
Email: m.hardt@stadt-gl.de

Termine bitte nach Vereinbarung

Mein Zeichen
6-64

13. Januar 2026

Ihre Anfrage in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 2. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Reiländer,

in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 2. Dezember 2025 wiesen Sie auf die Bauarbeiten und die damit verbundene Verkehrssituation auf der Bensberger Straße hin und fragten, ob die Staufolgen minimiert werden könnten. Außerdem sähe es so aus, als wäre der Gehweg auf der ALDI gegenüberliegenden Seite breiter geworden. Sie baten deshalb um Auskunft, ob nicht auch der Radweg hätte breiter geplant werden können.

Bei den Arbeiten für die Linksabbiegespur zum neuen ALDI in Heidkamp an der Bensberger Straße, die wenige Tage nach der Ausschusssitzung abgeschlossen wurden, musste der Verkehr in Fahrtrichtung Innenstadt über die Straßen Am Rübezahlwald und Lerbacher Weg umgeleitet werden, was nach Beobachtung der Verwaltung und Bestätigung der Verkehrsbetriebe nur während der Verkehrsspitzenzeiten zu Rückstaus führte, die aber auch ohne eine Baumaßnahme schon regelmäßig auftreten, weil die Verkehrsmenge dann die Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte übersteigt. Durch die Umbaumaßnahme konnte der Geh- und Radweg in kleinen Teilbereichen tatsächlich geringfügig verbreitert werden, wobei der in einer einheitlichen Breite ankommende Radweg bis zum Übergang von neu auf alt bewusst in der vorhandenen Breite fortgeführt wurde, und mögliche Mehrbreiten so (nur) dem Gehweg zugeschlagen wurden.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung


Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter

2. 6-10 zur Niederschrift AMV

www.bergischgladbach.de
info@stadt-gl.de

Allgemeine Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 9:00 – 12:00 Uhr
Donnerstag 14:00 – 18:00 Uhr
Abweichende Öffnungszeiten
sind oben vermerkt.

Bankverbindungen:
Kreissparkasse Köln
IBAN: DE93 3705 0299 0312 0000 15
SWIFT/BIC: COKSDE33

VR Bank eG Bergisch Gladbach-Leverkusen
IBAN: DE50 3706 2600 3702 4250 17
SWIFT/BIC: GENODE33PAF



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Dr. Oliver Schillings
p. Adr. CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Fachbereich Umwelt und Technik
- Verkehrsflächen -
Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Auskunft erteilt:
Martin Hardt, Zimmer 306
Tel.: 02202 / 14 13 89
Email: m.hardt@stadt-gl.de

Termine bitte nach Vereinbarung

Mein Zeichen
6-64

13. Januar 2026

Ihre Anfrage in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 2. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Dr. Schillings,

in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 2. Dezember 2025 sprachen Sie die geplante Neugestaltung des Dorfplatzes in Sand an und baten darum, dass die anstehenden Termine koordiniert werden.

Sowohl die Berücksichtigung geplanter Veranstaltungen bei der Festlegung des Bauzeitenplanes als auch die spätere Koordination der Platznutzung durch unterschiedliche Interessensgruppen erfolgt durch die Abteilung Verkehrsflächen, die bereits im Vorfeld Kontakt zu verschiedenen Veranstaltern hatte und diese im Vorfeld der geplanten Ausschreibung erneut ansprechen wird.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter

2. 6-10 zur Niederschrift AMV



**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

**Herr
Dr. Oliver Schillings**

**Fachbereich 5
Jugend und Soziales
FB 5-54 – Soziale Objekte –
Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz
Konrad-Adenauer-Platz 9
Auskunft erteilt:
Jennifer Bilstein, Zimmer 326
Telefon: (0 22 02) 14 1731
E-Mail: j.bilstein@stadt-gl.de**

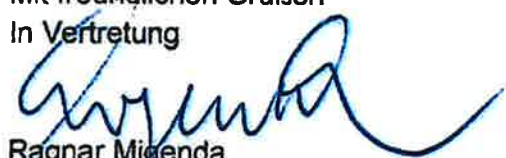
13. Januar 2026

Ihre Anfrage zum Dorfplatz Romaney aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen vom 02.12.2025

Sehr geehrter Herr Dr. Schillings,

der Bauantrag für die Neugestaltung des Dorfplatzes Romaney wurde durch die Landschaftsarchitektin gestellt und das Projekt wird weiterhin prioritär bearbeitet, damit eine Fertigstellung im genehmigten Durchführungszeitraum (20.11.2026) sichergestellt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Dr. Oliver Schillings
Ratsmitglied der CDU-Fraktion
Mitglied des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen
Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach

Mobilität und Stadtentwicklung

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
51465 Bergisch Gladbach
M. Wille, Zimmer E10
Telefon: (02202) 14 26 75
verkehrslenkung@stadt-gl.de

08.01.2026

Ihre Anfrage aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen - Stausituation in Bensberg

Sehr geehrter Herr Dr. Schillings,

zu Ihrer Anfrage aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen vom 2. Dezember 2025 antworte ich Ihnen gerne.

Die Vollsperrung an der Nikolausstraße hat dafür gesorgt, dass Verkehrsteilnehmende vermehrt über Herkenrath nach Bergisch Gladbach gefahren sind.

Gleichzeitig gab es eine dreitägige Baumaßnahme des Landesbetriebs Straßen NRW, die eine Lichtsignalanlage beinhaltet hat, auf Höhe des Displays Dr.-Müller-Frank-Straße, wodurch der Verkehr zusätzlich belastet wurde. Insgesamt kam es daher zu teilweise stark aus- bzw. überlasteten Verkehrssituationen.

Zwischenzeitlich sind die Maßnahmen abgeschlossen worden und die Verkehrslage hat sich wieder normalisiert.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter



**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Frau
Anne Skribbe
Sachkundige Bürgerin der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister
Fachbereich 6

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Herr Dr. Marc Höhmann,
Zimmer 507
Telefon: 0 22 02 / 14 12 87
E-Mail: m.hoehmann@stadt-gl.de

15.12. Januar 2026

**Ihre Anfrage aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen AMV am 02.12.2035
zum weiteren Vorgehen Tunnelmaßnahmen an der Steinstraße sowie zum künftigen
Parken in der Schloßstraße aus dem AMV**

Sehr geehrte Frau Skribbe,

zu Ihren Anfragen aus dem o.g. Ausschuss antworte ich Ihnen gerne.

Wie ist der aktuelle Stand bei der Umgestaltung der Unterführung Steinstraße und kann die Anregung aufgenommen werden, auch Menschen mit Behinderungen zu beteiligen?

Die Stadtverwaltung befindet sich aktuell mit dem beauftragten Büro in der Vorbereitungsphase. Die Beteiligung ist für Ende 1. Quartal/Anfang 2. Quartal 2026 vorgesehen. Die Anregung, dass Menschen mit Behinderungen auch am Workshop teilnehmen sollen, nimmt die Verwaltung mit auf.

In der Schlossstraße in Bensberg werde wild herumgeparkt, zum Teil auch auf dem neu geschaffenen Blindenleitweg. Wie zukünftig mit dieser Situation umgegangen werde, damit der Blindenleitweg besser geschützt wird?

Die Stellplätze in der Schloßstraße werden mit Markierungsfarbe versehen. So ist für alle Verkehrsteilnehmer ersichtlich, in welchen Bereichen Parkflächen vorgesehen sind. Die Markierungsarbeiten werden bei entsprechender Witterung kurzfristig durch den städtischen Bauhof eingeplant und umgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter



**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Frau
Anne Skribbe
Sachkundige Bürgerin der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN
Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach

Mobilität und Stadtentwicklung

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
51465 Bergisch Gladbach
Maren Hesselmann, Zimmer E10
Telefon: (02202) 14 1602
Telefax: (02202) 14 70 13 49
m.hesselmann@stadt-gl.de

08.01.2026

**Ihre Anfrage aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen - Sachstand Querung
Saaler Straße**

Sehr geehrte Frau Skribbe,

zu Ihrer Anfrage aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen vom 2. Dezember
2025 antworte ich Ihnen gerne.

Wie ist der Sachstand zur geplanten Querung der Saaler Straße?

Die Planungen für den Wegebau sind abgeschlossen. Derzeit liegt der Verwaltung ein Entwurf der
Signalschaltung vor, die noch final fertiggestellt werden muss. Sobald diese vorliegt, werden die Sig-
nalschaltungen und Beschilderungen angeordnet und für die Ausführung ausgeschrieben.

Die Umsetzung wird voraussichtlich Anfang 2026 erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter



Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH · 51439 Bergisch Gladbach

Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

Vorab per E-Mail

Frau Anni Skribbe
Sachkundige Bürgerin im Rat der Stadt
Bergisch Gladbach

Geschäftsstelle

Paffrather Straße 102-116
51465 Bergisch Gladbach

Postanschrift

Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach

Telefon: 0 22 02 / 14 13 26 oder 27 28 561

E-Mail: info@ip-gl.de

www.ip-gl.de

Ihr Ansprechpartner:
Franz-Wilhelm Schmitz

Telefon / E-Mail:
02202 / 14 13 26
W.Schmitz@ip-gl.de

7. Januar 2026

Ihre Anfrage in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen am 02.12.2025 zum Aufzug am S-Bahn Haltepunkt „Duckterath“

Sehr geehrte Frau Skribbe,

wir nehmen Bezug auf Ihre Anfrage im öffentlichen Teil des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 02.12.2025 und teilen Ihnen wunschgemäß mit, dass der Aufzug durch die Deutsche Bahn AG als zuständigem Infrastrukturbetreiber in der 51. Kalenderwoche 2025 nach Austausch in Betrieb genommen werden konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Infrastruktur- und Projektgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

Franz-Wilhelm Schmitz
Geschäftsführer



**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Jürgen Niemann
Ratsmitglied der AfD-Fraktion
Mitglied des Ausschusses für Mobilität und Verkehrsflächen
Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach

Mobilität und Stadtentwicklung

Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
51465 Bergisch Gladbach
Maren Hesselmann, Zimmer E10
Telefon: (02202) 14 1602
Telefax: (02202) 14 70 13 49
m.hesselmann@stadt-gl.de

08.01.2026

Ihre Anfrage aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen - Honorarkosten Planung Ferdinand-Stucker-Straße

Sehr geehrter Herr Niemann,

zu Ihrer Anfrage aus dem Ausschuss für Mobilität und Verkehrsflächen vom 2. Dezember 2025 antworte ich Ihnen gerne.

Wie viel hat die Studie zur Ferdinand-Stucker-Straße gekostet?

Das Honorar für die Erarbeitung der Leistungsphasen 1 und 2 gemäß HOAI zzgl. Besonderer- und zusätzlichen Leistungen, beläuft sich auf rund 16.500 €. Die Endabrechnung wird auf Basis der Kostenschätzung nach Abschluss der Leistungsphase 2 erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter

